

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1920

307 (9.11.1920) Erstes und Zweites Blatt

Karlsruher Tagblatt

Badische Morgenzeitung

Mit der Wochenschrift „Die Pyramide“

Badische Morgenpost

Kosten:
Die 8. u. 9. Klassenkasse
oder deren Raum a. total
1,40 M. (Januar bis 1.00 M.)
Hilfskasse 5.- M. an
erster Stelle 5.50 M.
Nebst nach Tarif.
Anzeigen-Annahme
bis 12 Uhr mittags.
Kleinere Anzeigen höchstens
bis 4 Uhr nachmittags.
Fernrechnungskasse:
Geschäftsstelle Nr. 203.
Berlin Nr. 297.
Schriftleitung Nr. 20 u. 80.
Schriftleiter Nr. 27.

Verleger: Hermann v. Paet. Verantwortlich für Politik: Martin Dolinger; für den wirtschaftlichen, badischen und lokalen Teil: Heinrich Gerhardt; für den internationalen: Karl Fohs und Hermann Weid; für den literarischen: Heinrich Carls. Druck und Verlag: G. B. Müller'sche Buchhandlung m. b. H., sämtliche in Karlsruhe. Berliner Redaktion: Dr. Kurt Heinrich, Friedenstr. 65/66. Telephon-Nr. 110. Umland 2902. Für unverlangte Manuskripte oder Druckfaden übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Adressen ändern, wenn Porto beigefügt ist.

117. Jahrg. Nr. 307.

Dienstag, den 9. November 1920

Erstes Blatt

Laiken als Strafrichter.

Von Landgerichtsrat Dr. Bühner.

Unsere Zeit ist reinen Beamtengerichten nicht günstig. Man bringt den Berufsrichtern im Volke wenig Vertrauen entgegen. Das mangelt den Verurteilten hat besonders die Strafkammer in Mitleid gebracht, wobei man gewöhnlich übersehen, daß die dem Empfinden des Volkes nicht verständlichen Entscheidungen ihre Ursache weniger in der Welt- und Lebensfremdheit der Richter, als vielmehr in der Mangelhaftigkeit des den Richter bindenden Gesetzes haben. Der Richter braucht aber Vertrauen, wenn er erprießlich wirken soll. Deshalb kann die Frage nicht die sein, ob man überhaupt Laiken an der Strafrechtspflege beteiligen will, sondern die, in welcher Form die Beteiligung geschehen soll.

Wir sehen heute auf allen Lebensgebieten Unfug und Wirren. Die Beträge in Industrie und Landwirtschaft, in der Verwaltung und der Schule sind mehr oder weniger Laiken in diesen Dingen. Auch bei der Rechtsprechung sollen sie künftig in entscheidender und verantwortlicher Weise tätig sein.

Dem Volke gewählte Richter ist das Ideal vieler. Wollte man demzufolge reine Laikenrichte bilden, so würden die Laikenrichter in ihrer Unkenntnis des Gesetzes zum Gesetzgeber für den Einzelfall werden. Ein reines Laikenrecht ist nur denkbar bei einem auf primitiver Rechts- und Wirtschaftskunde beruhenden Volke, wo es noch keine geschriebenen Gesetze gibt. Wo das Recht durch Tradition fortgebildet ist, kann jeder verständige Mann aus dem Volke das richtige Urteil finden. Wir, die wir die Wohlthat des geschriebenen Rechtes kennen, werden lediglich wünschen, daß es überall zur Anwendung gelangt. Hieraus folgt, daß an einen Erlass der geschulten Richter durch Laikenrichter nicht zu denken ist.

Der Laie kann an der Strafrechtspflege mit Erfolg nur in den Schöffengerichten mitwirken. Dort hat er bis jetzt Gutes geleistet und wesentlich dazu beigetragen, daß das Schöffengericht im Volke großes Ansehen und Vertrauen genießt. Im Schöffengericht bilden die Laiken mit dem Richter zusammen ein wirkliches Kollegium, Schöffen und Richter ergänzen sich gegenseitig. Der Berufsrichter hat die Kenntnis des Gesetzes und die kriminalistische Erfahrung vor den Schöffen voraus. Letztere unterrichten ihn, da es sich regelmäßig um Volksurteile handelt, über die dort herrschenden Anschauungen. Sie können sagen, wie ein vom Beschuldigten gebrauchter Ausdruck aufgefaßt, wie die angelegte Verlesung empfunden wird.

Die in den Entwürfen zur Reform des Strafprozesses vorgeschlagene Erweiterung der Zuständigkeit des Schöffengerichts auf alle Vergehen ist deshalb zu begrüßen, ebenso die Umwandlung der nur noch als Berufungskammer gegen schöffengerichtliche Urteile bestehenden Strafkammer in ein gemischtes Gericht (zwei Berufsrichter, drei Schöffen). Verfehlt dagegen ist die Beibehaltung des Schwurgerichts in seiner jetzigen Gestalt. Ich bin weit davon entfernt, den Fortschritt zu verkennen, den uns die Einführung des Schwurgerichts in Deutschland gebracht hat. Die modernen Prozedurgründe: Mündlichkeit, Öffentlichkeit, Kontradiktorische Verhandlung und freie Beweiswürdigung sind mit ihm eingedrungen. Aber die zukunftsgerichtliche Mission des Schwurgerichts ist erfüllt, jene Prozedurgründe sind nicht mehr eine Eigenartlichkeit des Schwurgerichts, sondern Gemeingut aller unserer Gerichte. Der schwerste Mangel des schwurgerichtlichen Verfahrens liegt in der Verteilung des Urteils auf zwei Richtergruppen, die Geschworenen und die Berufsrichter. Keine entscheidende Gesetzesanwendung, diese die Straffrage. Man kann aber die beiden Fragen nicht trennen, denn man kann die richtige Strafe nur verhängen, wenn man weiß, auf welchem Wege der Schuldpruch zustande gekommen ist. Der Erlass des Schwurgerichts durch das große Schöffengericht, das mit drei Berufsrichtern und sechs Schöffen besetzt ist, muß aus sachlichen Gründen gebilligt werden. Der das Schwurgericht wirklich kennt und die Frage seiner Beibehaltung nicht durch die Brille der Parteipolitik prüft, muß sich dem vernünftigen Urteil von Reich und Bund an anschließen, die das Schwurgericht für die denkbar verfehlteste Organisation erklären, ein Urteil, in dem sich alle juristischen Autoritäten einig sind.

Die größere Beteiligung der Laiken an der Strafrechtspflege hat künftig eine Erweiterung des Kreises zur Folge, aus dem die Schöffen entnommen werden sollen. Die härtere Berührung der Lehrer ist als Fortschritt zu begrüßen, auch gegen die Zuziehung der Dienstboten ist nichts einzuwenden. Nicht unbedeutend erscheint dagegen die Beteiligung der Frauen als Schöffen in dem geplanten Umfang.

Die richterliche Tätigkeit verlangt kühles, verstandesmäßiges Abwägen und Gleichmut. Diese Fähigkeiten sind beim Manne vorwiegend entwickelt, während bei der Frau das Gefühlleben eine größere Rolle spielt. Die Betonung des Gefühllebens macht aber die Frau im allgemeinen ungeeignet zum Richterberuf. Gewiß mag es Frauen geben, die mit ebenso großer Verstandesstärke und kühler Abwägung Recht sprechen können wie der Mann, aber sie bilden die Ausnahme.

Der deutsche Gefandungsstempel.

Von unserer Berliner Redaktion wird uns geschrieben:

Wie ich höre, wird gleich bei Wiederaufnahme der Plenarsitzungen des Reichstages die Regierung, vermutlich durch den Mund des Reichsschatzministers von Raumer, nun noch einmal gegen die ungeheuerlichen, in jeder Beziehung ungerechtfertigten Milliardenlasten protestieren, die unserer täglich erschlafften Wirtschaft auch noch durch die Befähigungskosten auferlegt werden. Wie es heißt, dürften sich sämtliche Parteien, von den Deutschnationalen bis zu den Unabhängigen, diesem Protest mit formulierten Erklärungen anschließen, deren gemeinsamer Sinn sein soll, daß bei Fortdauer der jetzigen Befähigungskosten an eine sog. finanzielle Reparation physisch und moralisch nicht zu denken sei. Eine solche Kundgebung ist wichtig, weil in dem seitlichen Hin- und Herverhandeln zwischen Paris und London über die Festsetzung der deutschen Kriegsschuldung zurzeit nach einer neuerlichen Meldung England wieder den Franzosen nachgegeben hat, die eine Festsetzung ohne Zustimmung der deutschen Vertreter, wenn diese auch vorher angehört werden sollen, verlangen.

Ganz klar sind die betreffenden Meldungen noch nicht, doch dürfte feststehen, daß vor den endgültigen Beschüssen in Genf oder anderswo die finanziellen Sachverständigen aller Länder in Brüssel noch einmal Gelegenheit haben sollen, die Zahlungsfähigkeit Deutschlands zu prüfen. Deshalb ist es geboten, noch vorher laut den furchtbaren Druck in der Welt bekannt zu geben, der in der Form der Entschuldigungs- und Befähigungskosten einen Teil unserer besten Wirtschaftskräfte auffaugt und unser ganzes Wirtschaftsleben immer mehr zerrüttert.

Wir haben am 9. November allen Anlaß, unsere eigenen Fehler und Unterlassungssünden einzugehen. In Berlin trägt der rucklose wilde Streik der Elektrizitätsarbeiter dazu bei, daß dies auch in sehr weiten Kreisen geschieht. Aber um die nötige Geschlossenheit der öffentlichen Meinung gegen die Entartung und Unfähigkeit der Revolution hervorzuheben, muß einem solchen Volke auch eine finanzielle Möglichkeit gezeigt werden, daß es durch seine Arbeit und Befonnenheit aus seinem jetzigen namenlosen Elend herauskommt. Darum soll unter anderem ebenfalls sein: der Versäufelnde Vertrag muß revidiert werden, weil nur dann Deutschland seine Verpflichtungen erfüllen kann.

Der Reichstag hat am 9. November allen Anlaß, unsere eigenen Fehler und Unterlassungssünden einzugehen. In Berlin trägt der rucklose wilde Streik der Elektrizitätsarbeiter dazu bei, daß dies auch in sehr weiten Kreisen geschieht. Aber um die nötige Geschlossenheit der öffentlichen Meinung gegen die Entartung und Unfähigkeit der Revolution hervorzuheben, muß einem solchen Volke auch eine finanzielle Möglichkeit gezeigt werden, daß es durch seine Arbeit und Befonnenheit aus seinem jetzigen namenlosen Elend herauskommt. Darum soll unter anderem ebenfalls sein: der Versäufelnde Vertrag muß revidiert werden, weil nur dann Deutschland seine Verpflichtungen erfüllen kann.

Wir haben am 9. November allen Anlaß, unsere eigenen Fehler und Unterlassungssünden einzugehen. In Berlin trägt der rucklose wilde Streik der Elektrizitätsarbeiter dazu bei, daß dies auch in sehr weiten Kreisen geschieht. Aber um die nötige Geschlossenheit der öffentlichen Meinung gegen die Entartung und Unfähigkeit der Revolution hervorzuheben, muß einem solchen Volke auch eine finanzielle Möglichkeit gezeigt werden, daß es durch seine Arbeit und Befonnenheit aus seinem jetzigen namenlosen Elend herauskommt. Darum soll unter anderem ebenfalls sein: der Versäufelnde Vertrag muß revidiert werden, weil nur dann Deutschland seine Verpflichtungen erfüllen kann.

Die Streiklage.

Verhandlungen.

(Eigener Drahtbericht.)

5. Berlin, 8. Nov. Die Gewerkschaftskommission Groß-Berlins war den ganzen Tag über befristet, eine Beendigung des Streiks herbeizuführen. Sie hat am Abend nochmals die Vertreter des Zentralverbandes der Maschinen- und Holzwerker zu einer Vermittlung einberufen, so daß der Konflikt noch heute beigelegt werden kann. Andererseits wird sich die städtische Arbeiterkammer nicht mit Einzelabstimmungen begnügen, sondern hat eine Generalabstimmung anberaumt. Von radikaler Seite wird versucht, neue Lohnforderungen zu stellen.

Zuständnisse.

(Eigener Drahtbericht.)

5. Berlin, 8. Nov. Bei den Verhandlungen mit den Elektrizitätsarbeitern wurden den Arbeitern Zugeständnisse gemacht. Die Differenzen waren deshalb entstanden, weil man den Elektrizitätsarbeitern zwar die Stundenanlage von 50 Pfa. für die Tagesarbeit bewilligte, ihnen aber den Zuschlag von 60 Pfa. abzählen wollte. Inzwischen hat die Stadt nachgegeben und die Zulagen für die Tag- und Nachtarbeit bewilligt.

Künftige Maßnahmen der Regierung.

(Eigener Drahtbericht.)

5. Berlin, 8. Nov. Der Minister des Innern Severing hat gegenüber einem Vertreter der „B. Z.“ u. a. geäußert, die Berliner Regierung ziehe aus den Berliner Vorkäufen (Elektrizitätsstreik) die Lehre, daß sie Maßnahmen ergreifen wird, die aequales sein werden, künftighin das wirtschaftliche Leben der Städte, in denen hauptsächlich die städtische Arbeiterkammer, vor Gewalttaten und der Willkür und Unbilliger Gruppen zu schützen. Die bisher schon gewährte Erhöhung der Löhne und Gehälter beleiht die künftigen Finanzen mit etwa 10 Millionen Mark jährlich.

Nur da, wo das Gefühlleben der Frau der Rechtsprechung nützlich werden kann, wird die Frau als Schöffe erprießlich wirken. Dies ist beim Jugendgericht der Fall. Der Jugendliche, ein unfertiger, halberzogenen Mensch, steht in seinem geistigen Leben, ähnlich wie das Kind, der Frau näher als dem Mann. Zu wünschen bleibt, daß als Schöffen nur solche Frauen berufen werden, welche mit der Jugendfürsorge enge Fühlung haben.

Schutz der Angestellten.

(Eigener Drahtbericht.)

5. Berlin, 8. Nov. Amtlich wird mitgeteilt: Der Magistrat der Stadt Berlin hat auf meine Anordnung hin sämtliche Angestellte des Elektrizitätswerkes aufgefordert, ihren Dienst weiter zu versehen und ihnen Schutz gegen Maßnahmen oder irgendwelche wirtschaftliche Nachteile zugesichert. Ich werde dafür sorgen, daß die Angestellten gegen jede Verhöhnung und Bedrohung mit allen politischen Mitteln ausdrücklich geschützt werden. Der Polizeipräsident gez. Richter.

Die Urabstimmung.

(Eigener Drahtbericht.)

5. Berlin, 8. Nov. Die Urabstimmung in den städtischen Betrieben über Wiederaufnahme der Arbeit oder Fortsetzung des Streiks ergab etwa 14 000 für einen Streik und über 12 000 dagegen. Da die erforderliche Zweidrittelmehrheit nicht erreicht wurde, ist das Ergebnis somit einer Ablehnung des Streiks gleichbedeutend.

Die Tegeler Gasarbeiter.

(Eigener Drahtbericht.)

5. Berlin, 8. Nov. Die Arbeiter des städtischen Gaswerks in Tegel sind heute nachmittag in den Streik getreten. Notstandsarbeiten werden verrichtet.

Bevorstehender Ausfall der Porzellers in Berlin.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 8. Nov. Bei den Abstimmungen in Großberlin hat sich eine überwältigende Mehrheit für die Ablehnung des Schiedsspruchs in Sachen des Porzellerstreiks ergeben. Daraufhin hat der Transportarbeiterverband dem Reichsarbeitsministerium mitgeteilt, daß die Organisationsleitung daher angewiesen sei, den Streik auszurufen. Der Zeitpunkt für den Beginn des Ausfalls ist noch nicht festgesetzt.

Demonstration.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 8. Nov. Eine Gruppe von ungefähr 600 Arbeitlosen demonstrierte heute auf dem Marktplatz und zog nach der Reichsdruckerei. Die Eingangstore konnten noch rechtzeitig geschlossen werden. Es konnte aber nicht verhindert werden, daß die Demonstranten durch den Eingang in der Kommandantenstraße in das Innere der Reichsdruckerei eindrangen und die Arbeiter zum sofortigen Streik aufforderten. Es gelang schließlich den Arbeitern der Reichsdruckerei, die Demonstranten von dem Grundstück zu verdrängen.

Ausfall bei der S. E. G.

(Eigener Drahtbericht.)

5. Darmstadt, 8. Nov. Die Beamten, Angestellten und Arbeiter der Südd. Eisenbahngesellschaft sind heute in den Ausfall getreten, weil die Direktion ihre Gehalts- und Lohnforderungen abgelehnt hatte. Sämtliche Züge mit Ausnahme der Milchzüge sind ausgefallen. Die Kartoffelkultur stockt.

Auch in Sachsen Streik.

(Drahtmeldung unseres Dresdener Korrespondenten.)

5. Dresden, 8. Nov. In der gesamten sächsischen Gemischten Industrie steht ein Lohnstreik bevor, da die Arbeiter den Schiedsspruch abgelehnt haben.

Berlin, 8. Nov. (Eig. Drahtbericht.)

Am Samstag fand eine Versammlung der Vorsitzenden statt, in der über die Vorschläge der Firma abgestimmt wurde. Diese wurden einstimmig abgelehnt. Der Streik geht also weiter.

Zur Sozialisierung des Kohlenbergbaues.

(Eigener Drahtbericht.)

5. Düsseldorf, 8. Nov. Der Unterausschuß für die Sozialisierung des Kohlenbergbaues hat mehrere Tage lang in Essen die Hauptfragen des Sozialisierungsproblems beraten und ist zu einem Einigungsversuch gekommen. In diesem Unterausschuß saßen drei Arbeitgeber, an der Spitze Hugo Stinnes, und drei Bergarbeiter, darunter zwei Sozialdemokraten und einer vom christlichen Bergarbeiterverband. Sollte die Übereinstimmung richtig sein, so würden die Stinnes des vereinigten Kohlenauschusses, des Reichskohlenrates und des Wirtschaftsrates, die am nächsten Mittwoch stattfinden werden, wesentlich erleichtert werden.

schon bleibt, daß als Schöffen nur solche Frauen berufen werden, welche mit der Jugendfürsorge enge Fühlung haben.

Für die Auswahl der Schöffen soll es nach dem Regierungsentwurf genügen, daß von dem Auswählenden eine gewissenhafte und unparteiische Ausübung des Richteramtes zu erwarten ist. Zu einem richtigen Schöffen gehört mehr. Er muß auch die Fähigkeit haben, unter Leitung des Richters die Strafsache klar zu erkennen und richtig zu entscheiden. Er muß dem Richter in tatsächlicher Beziehung Fingerzeige geben können, deshalb ist es nötig, daß er sich in dem Bezirk auskennt, in dem er Richter sein soll. Da die Auswahl der Schöffen hiernach besondere Sorgfalt erfordert, kann die mechanische Anwendung des politischen Wahlmodus zu keinem befriedigenden Ergebnis führen.

Der neunte November.

Die Reichsregierung hat beschlossen, daß am 9. November in den Betrieben und Behörden des Reiches nicht gefeiert wird. Einzelne Landesregierungen haben, ohne den 9. November als einen offiziellen Feiertag anzuerkennen, sich damit einverstanden erklärt, daß derjenige, der an diesem Tage feiern will, ohne weiteres Urlaub erhalten kann. Viele werden den Urlaub nützen. Aber wer kann vernünftigen Sinnes eine politische Umwälzung feiern, die zeitlich mit dem tiefsten Punkte Deutschlands zusammenfällt? Man kann höchstens in Trauer und Scham gedenken, und die Erinnerung an zwei Jahren hat bereits ein geistliches Bild herausgearbeitet, das von den verschiedensten Parteipunkten aus in stillem Lieberkommen anerkannt wird. Die deutsche Novemberrevolution von 1918 entbrannte in Kiel. Wie an einer Zündschnur lief sie die Küste entlang, die Flotte war ihr natürliches Fortpflanzungsinstrument. Aber auch mit der Eisenbahn entzündete die Kieler Matrosen bewaffnete Abteilungen erst in die umliegenden, bald aber auch in die entfernteren Städte. Ostpreußen das Aufstehen einer kleinen Abteilung bewaffneter Matrosen, um große Städte innerhalb weniger Stunden in die Hände der Revolution zu bringen. Am 5. und 6. November 1918 kamen auf diese Art die drei alten Hansestädte Hamburg, Bremen und Lübeck in die Hände der Aufständischen, ebenso erhoben sich die Stettener Matrosen, Warnemünde, Wismar und Emden. Dazu eine Reihe kleinerer Drie, Mecklenburg, Cuxhaven, Rostocker Lager usw. Auch ins Innere Deutschlands pflanzte sich die Bewegung fort: Oldenburg wurde zur Republik erklärt, in Schmetzin der Großherzog von Mecklenburg verjagt, Hannover fiel als erste große Binnenstadt zu. Von da ab wuchs die Bewegung unaufhaltsam. Schon hätte es im rheinisch-westfälischen Gebiet und schließlich schlug auch am entgegengesetzten Ende Deutschlands, in München, der Hauptknotenpunkt der roten Lohne empor. Am Abend des 7. November war ganz München in der Gewalt der Revolution, noch in der Nacht wurde die bayerische Volksrepublik proklamiert.

Aber noch fehlte die Hauptstadt des Reiches. In Berlin hielt er in diesen kritischen Tagen noch der kommandierende General von Linington. Er versuchte durch strenge Maßregeln ein Sinken der Revolution nach Berlin zu verhindern. Der Telefon- und Telegraphenverkehr, selbst der Jnverkehr von und nach Berlin wurde abgeschnitten. Durch zahlreiche mit Stahlhelmen ausgerüstete Posten, Maschinengewehre, ja Kanonen erhielt das Straßenbild ein bedrohliches Aussehen. Ganz spontan brach am Samstag, den 9. November, morgens, in den meisten Betrieben der Streik aus. Um 10 Uhr vormittags wurde vom Arbeiterrat der Sozialdemokratischen Partei, der in diesen Tagen ständig zusammen war, offiziell der Generalstreik proklamiert. Kaum war dieser Beschluß gefaßt, so erschienen die Delegierten des 4. Rheinisch-Westfälischen Jäger-Bataillons — es war dieses das als besonders „zuverlässig“ nach Berlin entbande — um mitzuteilen, daß das Bataillon — sich dem Volke zur Verfügung stelle! Andere Truppenteile folgten nach. Um die Mittagsstunde war der größte Teil des Militärs bereits zum Volke übergegangen und um 2 Uhr nachmittags wehte auch vom Schloss die rote Fahne. Der Kaiser wollte nicht mehr in Berlin. Er war in den kritischen Tagen in den Schutz des Großen Hauptquartiers geflüchtet. Im Großen Hauptquartier erreichte ihn die Kunde von dem unaufhaltsamen Vordringen der Revolution und unter dem Zwang der Verhältnisse entschloß sich Wilhelm II. zur Abdankung, nach der er über die holländische Grenze ging. Die Kunde von der Abdankung des Kaisers traf fast in demselben Augenblick in Berlin ein, in dem sich der Uebertritt des Militärs vollzog, und verbreitete sich mit Blitzesschnelle. Sie wirkte als die endgültige Befestigung, daß die Revolution in Deutschland gesiegt hatte. Rote Fahnen flatterten, Verheißungen klangen hinaus.

Doch als der erste Rauch verhaucht war, hieß es, sich in Geduld fassen. Man hatte Geduld gelernt, bechied sich, harrte. Allein das so lehnlich erhoffte neue Glück ließ auf sich warten. Es gab nicht mehr zu essen als früher, keine wohlfeilere Kleidung und man hat nach wie vor zusammengesperrt in Mietskasernen. Reich blieb

Die heutige Nummer unseres Blattes umfaßt 6 Seiten.

reich und arm blieb arm. Die Welt war noch immer kein Paradies geworden. Das konnte nicht mit rechten Dingen zugehen. Das Mißtrauen erwachte und man ließ neuen Propheten sein Ohr: Die Abwanderung nach links" setzte ein, erst abgerollt, dann in rascherem Fluß, zuletzt in Massen. Man sprach von Verrat, erging sich in leidenschaftlichen Anklagen, und wie gebannt sahen sie alle Augen einem neuen Messias zu: es hieß Mostan. Dort stehen wir heute. Das Amen des täglichen Gebetes lautet: Die Weltrevolution kommt! Wenn sie aber nun nicht käme, die Weltrevolution? Wenn das Gebete in Ausland der Wirklichkeit nicht stand hielte? Wenn man immer mehr erkannte, daß es freien guten Willen zur Arbeit bei niemandem gibt, daß ohne Zwang und Anreiz alle verfaulen, daß die Ideale mangeln und daß an ihrer Stelle die Verberbnis wächst, Unethik und Verstecktheit anschwellen und der innere Zusammenbruch unaufhaltsam wird? Was dann?

Arbeitsruhe am 9. November.
(Eigener Drahtbericht.)

m. Berlin, 8. Nov. Hoch- und Untergrundbahnen ruhen am 9. November. Obgleich das Verkehrspersonal sich für Aufrechterhaltung des Betriebes erklärt hatte, hat das Werkstättenpersonal einen gegenständlichen Beschluß gefaßt, so daß infolge Mangels an Strom der Betrieb nicht aufgenommen werden kann.

m. Berlin, 8. Nov. (Eig. Drahtber.) In den Eisenbahnen werden morgen die Arbeiter mit zwei Drittel-Mehrheit für morgen die Einstellung der Arbeit beschlossen. Das Reichsverkehrsministerium glaubt, den Eisenbahnbetrieb morgen aufrechterhalten zu können.

Außenpolitische Umschau.

Die „Neue Freie Presse“ brachte kürzlich die ausführlicheren Sanierungsvorschläge der Wiedergutmachungskommission für Oesterreich. Danach erhält Oesterreich einen Kredit von 250 Millionen, der sich auf die nächsten 5 Jahre verteilt. Damit soll ein allmählicher Wiederaufbau der innlichen Erzeugung und eine Kräftigung der finanziellen Lage des Landes soweit erreicht werden, daß bis Ende 1925 Oesterreich von weiteren Krediten dieser Art unabhängig ist. Eine ältere Finanzkommission wird im Einvernehmen mit der Wiener Regierung die Verwaltung des Kredits in die Hand nehmen. Die Kreditgeber erhalten auf allen beweglichen und unbeweglichen Besitz des Staates ein erstes Pfandrecht. Nach dem Verschlag des englischen Vertreters sollen die ältesten Regierungen die Kredite gewähren. Der französische Vorschlag empfiehlt dagegen die Beschaffung durch Ausgabe von Titres, für die die ältesten Regierungen die neue Notendbank soll nur privates Kapital heranziehen werden. Eine Vereinfachung der Staatsverwaltung und bedeutende Erparnismanahmen, die im einzelnen noch von der Wiedergutmachungskommission vorgeschlagen werden, wollen die erste Anbahnung des Wiederaufbaues in die Wege führen.

Solche Versuche zur wirtlich ersten Wiederherstellung gesicherter Verhältnisse — mehrere Wiener Stimmen deuten das unzulängliche Wohlwollen der Entschlossen Oesterreich gegenüber — stehen in schroffem Gegensatz zu dem wilden Zusammenbruch, der nach dem Revolution zu Gegenrevolution und so fort in infinitum zu führen scheint. Die Meinungen, die die Sowjetregierung die Zentralisierung des gegenwärtigen Aufstandes entbehrt habe, waren verfehlt. So gezwungen, gegen einen noch unbedeutenden Gegner zu kämpfen, dessen Ziel die Volkstommission durch ihr altes und araufam bewährtes Mittel: den Terror. Die Geiselnahme reichen bereits nicht mehr aus, so daß die uter für die vorläufige Unterdrückung der gelassenen Verbnder bemut werden müssen. Und wer hier keinen Platz findet, wird hingerichtet. Dabei versteht Mostan nicht, die Gefahr der Gegenrevolution dazu zu benutzen, um die eigenen Anhänger zu neuen Leistungen anzuspornen und die Diktatur, die in Angst um ihre gerubenen Götter leben, stärker an die letzte Macht zu fesseln. Die Gelegenheit zum Aufstieg ist infolged günstig, als die zuverlässigen Truppen gegen Wrangel geschickt sind und dort zwar einen verhältnismäßigen guten Erfolg erzielt haben, ja bereits die Front bedrohen, aber die Gefahr doch daß an der inneren Front notwendiger Gebrauch werden. Und das ließe den nicht zu unterschätzenden Sieg ungeschützt und unverloren machen.

Das Programm der französischen Politik.
(Eigener Drahtbericht.)

m. Paris, 8. Nov. Ministerpräsident Poincaré äußerte sich einem Vertreter des „Zeit Parisis“ gegenüber über das Programm der Regierung und über die Arbeiten, mit denen sich das heute zusammentretende Parlament zu beschäftigen

Theater und Musik.

„Die Meisterlieder von Rnberg.“ In der Sonntagsvorstellung bewarb sich als David um das seit Sendels Weggang unbesetzte Fach des Tenorsbuffo Louis Haber vom neuen Deutschen Theater in Prag. Er scheint diese Partie noch nicht oft gesungen zu haben; textliche und musikalische Unsicherheiten, die hier und da hörend aufleuchten, weisen darauf hin. Louis Haber hat einen warmen, nach der Tiefe hin baritonale geführten Tenor, der gut anpricht und auch die notige Kraft und Ausdrucksfähigkeit besitzt. Die Höhe macht dem Sänger Schwierigkeiten; sie klang manchmal spröde, unfrei. Die deutliche Aussprache ist zu loben. Das Spiel ist lebendig, nicht ohne Humor, weist aber keine eigenen Rüge auf. Die „Bekehrung“, der Prfektion für den Tenorsbuffo, sang Haber befriedigend, ohne indes darin Sendel oder Schwerdt (zu dessen besten Partien der David gehört) zu erreichen. Ein weiteres Gastspiel Raberts erregt geboten, um ein abschließendes Urteil über ihn fllen zu können.

Badisches Landestheater. Mitteilung der Intendanten: Dem Schauspielregisseur Felix Baumbach ist die Amtsbezeichnung Oberregisseur des Schauspielers vom Verwaltungsrat des Badischen Landestheaters zugestimmt worden. Dem Opernregisseur Hans Lange wurde von derselben Behörde die Weisung für den ihm bereits im vorigen Jahre vom mecklenburgischen Ministerium für Kunst verliehenen Amtsbezeichnung als Opernregisseur der Oper genehmigt. Der Regisseur Otto Kienker wurde mit der Führung der Geschäfte eines Dramaturgen am Landestheater betraut, unter Beibehaltung seiner Verpflichtung als Spielleiter.

habe. Er führte aus, Frankreich habe den Uebergang von Krieg zum Frieden im allgemeinen gut überstanden. Nun müsse aufgebaut und erneuert werden. Das Reformprogramm des Parlamentes sei groß. Vor allem müssen die Finanzen geregelt, die Kampfzone wieder aufgebaut und die Eisenbahnen auf neuer Grundlage organisiert werden. Als weitere Aufgabe bezeichnete er das Gebete über die Verminderung der Dienstzeit, sowie das Gebete über die Beziehungen zum Vatikan bereit. Frankreichs Politik gegenüber Deutschland habe der deutsche Vorkriegsminister dahin gekennzeichnet, daß die französische Regierung alle Fragen zwischen Frankreich und Deutschland in friedlichem Geiste lösen will. Der Völkerbund sei eine sne Einrichtung, die eine große Macht werden könne.

Zureden hilft — denkt der „Temps“.
(Eigener Drahtbericht.)

Paris, 8. Nov. Der „Temps“ schreibt in einer Betrachtung der noch zur Erledigung der Wiedergutmachungsfrage geplanten Verbesserungsmaßnahmen, eine Frage müsse ins Gesteht nicht gerückt werden, welche besonders Deutschland interessiere. Es handle nicht darum, die deutsche Schuld festzusetzen, man müsse auch die Zahlungsfähigkeit Deutschlands prüfen. Die französische Regierung sei der Ansicht, daß der Wiedergutmachungsausschu den Alliierten einen Bericht liefern müsse. Die öffentliche Meinung in Deutschland müsse sich davon überzeugen, daß Frankreich als ein humaner (!) und intelligenter Gläubiger die Zahlungsfähigkeit seines Schuldners berücksichtigen will. Die deutsche Regierung, so glaubt der „Temps“, dürfte gut beraten worden sein, wenn sie schon jetzt ein wirtschaftliches und finanzielles Wiedergutmachungsprogramm Deutschlands vorbereite, um den Alliierten eine Grundlage für eine positive Arbeit zu liefern.

Eine Warnung Lord Robert Cecil an Frankreich.
(Eigener Drahtbericht.)

e. London, 8. Nov. Lord Robert Cecil schreibt in der „Anglo-French Review“, Frankreichs Verlangen nach Sicherheit werde durch die Nach- und Verteilungspolitik nicht gefördert, sondern nur weiter erhärtet. Es sei nichts weiter nötig, als daß Deutschland sobald wie möglich zum Völkerbund zugelassen, wodurch eine kräftigere Barriere gegen den Krieg geschaffen würde.

Cambons Nachfolger.
(Eigener Drahtbericht.)

Paris, 8. Nov. (Savas.) Um Paul Cambon, der sich zurückziehen will, zu ersetzen, soll die französische Regierung dem „Excelsior“ zufolge den gegenwärtigen französischen Vorkriegsminister in Rom, Barere, in Aussicht genommen haben.

Preisrückgang in England.
(Eigener Drahtbericht.)

e. London, 8. Nov. Der Rückgang der Preise im Großhandel macht sich, wie die „Times“ schreiben, jetzt auch im Kleinhandel bemerkbar. Davon sind zunächst betroffen: Teppiche, Kleidung, Schuhe, Juwelen, Automobile, Tee, Kaffee, Zucker und Kakao. In anderen Lebensmitteln macht sich noch ein Bürgern der Kleinhändler bemerkbar, die unzufhr sind, ob die Engpreispreise sich auf der gestunkenen Basis halten werden, doch darf eine baldige Verabreitung der meisten Lebensmittelpreise erwartet werden, wenn sich keine unzulängliche Entwicklung der Kreditverhältnisse ergibt.

Irland.
(Eigener Drahtbericht.)

London, 8. Nov. Hier wurden in der Nacht zum Sonntag fünf Polizisten erschossen oder verwundet. Hierauf wurden mehrere Sunkelnern gehörige Häuser in Brand gesetzt. Die Brandstifter feierten auf die Wasserpumpen. Das Bomben-, Gewehr- und Maschinengewehrfreier dauerte die ganze Nacht. Die Einwohner haben die unbesetzte Mnchenstation Torredad eingekerkert. Es wird berichtet, daß bei dem Zusammenstoß mit den Polizisten und dem Militär in der Nähe von Tralee sieben Sunkelner getötet worden sind.

Moderne Winter Abends. Im Landestheater die Meisterlieder, auf der Messe der Hblichkeit; daß war das Konzertabend recht gut besetzt. Das Programm entsprach in seinen Grundzügen seinem ersten Abend und war daher als Zweitvorstellung naturgemschwcher, bot aber für die Unterhaltung nicht Verwndertes Genieendes. Herr Kienker leitete und machte den Sprecher. Die Damen Paula Söder-Helzer und Grifa von Zehajla sangen verschiedene Lieder von Brahms, Hugo Wolf, Wagner und den Schwarten aus der Lucinischen Boheme; letzterer ersetzte den stärkeren Beifall, weil die Musik schlechter ist als die der erst Genannten. Marie Franzen und der Frau zwei Gedichte von Burle, die den Beifall des „Pyramide“ betonen, in guter Deklamation vor. Ein bbisches Steinlein erwiebs Ruff Borita in schönster und angenehmem Vortrag bezauberter Lautenlieder. Wegen der Tnzgerinnen jlterer Lebensstndige Conferencier unserer Sonntagsvorstellung Jutundus Bruttler, der das Alter der Landestheaterintendanten vor einiger Zeit als mit dem der guten Stadt Karlsruhe zusammenfallend bearaubt hatte. Zur Entfaltung dieser selbstständigen Bedingung sah Paula Söder-Helzer ein halbes Dutzend noch nicht würdigere Akteure ansetzen. Inzwischen meint auf unser Bedauern der Wochenbruttler, daß er ein Urteil über die Jugendfrhlichkeit der pp. Künstlerinnen nur in personlichem Beside einwandfrei feststellen könne. Dazu wäre allerdings die Zustimmung der Jutunda Bruttlerin einzuholen. Womit eine weitere öffentliche Behandlung der mit dem bednftigsten guten Humor behandelten Angelegenheit nicht mehr angeht erhebt. Niem: die Damen Söder-Helzer (vom Knstlerverein betannt) Herrmann, Stemmler, Wittmann, Schembs und das Knstenbndel Selma Mängel erhoben mit ihren bunten Intermezzi. H. v. d. Zentz trug eine nicht beschndigende Rede vor, die von dem in diesem Jahre verstorbenen Dichtungslehrer und Dichter Kufeler stammt. Dies besonders bemerkt, weil der druckfehlerbehaftete Setzer einen „Kufeler“ daraus gemacht hat. Das Sunkelndarben wurde von Paul Ktler in landschnlicher Weise vorgetragen. Der selbe Franzfurter erschien in heimlicher Wandart in der Ntzene „Die geteilte Wrtter“, die uns metrisch bekannt vorkam und noch in der Erinnerung an einen Theaterabend der weitand Hofnge hing. Die Damen

Polen und die kleine Entente.
(Eigener Drahtbericht.)

m. London, 8. Nov. Die „Morning Post“ meldet aus Warschau: die polnische Regierung hat Tade Jonecsu mitgeteilt, Polen werde der kleinen Entente nicht beitreten.

Italienische Gemeindevahlen.
(Eigener Drahtbericht.)

Rom, 8. Nov. Die Liste der verfassungstreuen Parteien hat bei den Wahlen zur städtischen Verwaltung in Neapel, Palermo, Rom, Pisa, Genua und Florenz die Mehrheit erhalten.

e. Rom, 8. Nov. (Eig. Drahtber.) Von den 6600 Gemeinden (außer den oben genannten Städten. D. N.), aus denen die Ergebnisse vorliegen, sicherten sich die liberalen demokratischen Verfassungsparteien in 3400 Gemeinden die Mehrheit, die Sozialisten in 1100 Gemeinden und die Katholiken in 2100 Gemeinden. Die Verfassungsparteien haben somit bisher die Mehrheit erhalten. Im Vergleich zu den letzten politischen Wahlen haben die Sozialisten zugunsten der Verfassungsparteien an Einfluss eingebst, während die Katholiken ihre Stellung bewahrten.

Italien und Sbafrikan.
(Eigener Drahtbericht.)

Santa Margherita, 8. Nov. Die italienischen Vertreter und die sbafrikanischen Delegierten Besnik, Trumbitich und Stojanowitich sind gestern hier eingetroffen.

Amerikas Kriegsstoffe.
(Eigener Drahtbericht.)

e. New York, 8. Nov. Der „Evening Star“ berichtet über die Rekrutierung der amerikanischen Flotte, daß die Marinebehrden glauben, in kurzer Zeit wieder eine größere Zahl von Kriegsschiffen aller Klassen, die jetzt aufgelegt sind, wieder in den Dienst einstellen zu können. Außerdem wird die Anwerbung von 2800 neuen Marinerekruten beabsichtigt.

Der englisch-französisch-amerikanische Schutzvertrag.
(Eigener Drahtbericht.)

m. London, 8. Nov. Nach einer Washingtoner Meldung der „Morning Post“ soll die Tatsache feststehen, daß die Vereinigten Staaten den englisch-französisch-amerikanischen Schutzvertrag nicht ratifizieren werden.

Auflösung des chinesisch-japanischen Militrvertrages.
(Eigener Drahtbericht.)

e. London, 8. Nov. Die chinesische Regierung hat nach Telegrammen an Londoner Blätter mitgeteilt, daß der Militrvertrag mit Japan aufgelöst sei. Die Demobilisation der Truppen ist angeordnet worden.

Deutsches Reich.

Reichshauptpostamt.

Dem Reichshauptpostamt des Innern wird mitgeteilt: Die von mehreren rechtsstehenden Blättern gebrachte Mitteilung, daß die Reichsregierung zurzeit über den Entwurf eines Gesetzes über Wertsachen, Wertlose und Gemeinheitsbesitzungen mit sozialistischen Kreisen verhandelt, dagegen die e. angestellten Kreise verneinend, ist durchaus unzutreffend. Ueber den Entwurf wird zurzeit nur mit den Unterrichtsverwaltungen der Länder verhandelt.

Immer noch keine Antwort.

Auf das deutsche Gesuch um Weiterbefassung der Dieselmotoren ist von der Vorkriegsregierung noch keine Antwort eingegangen. Eine anderstehende Zeitungsmeldung erzieht sich hierdurch.

Die Landtagswahlen in Coburg.

Bei den Landtagswahlen im ehemaligen Freistaat Coburg wurde die ein Abgeordneter der Vereinigten Reichsparteien, der Demotrien und der Mehrheitssozialisten gewählt.

Herzog Ludwig in Bayern .

Der Senior des Hauses Wittelsbach, Herzog Ludwig in Bayern, ist am Samstag abend in München sanft entschlafen. Er wurde am 21. Juni 1831 als ältester Sohn des Herzogs Maximilian I. Joseph in München geboren. Sein Tauspatte war der damalige König Ludwig I., der ihn bereits mit 6 Jahren, Weihnachten 1837, zum Untertanen in seinem 4. Gebirgsregiment in Augsburg ernannte. Die Uniform dieses Regiments hat der nun verstorbenen Herzog über 30 Jahre getragen.

Maria Genter und Elfe Koormann, sowie die Herren Söder und Mar Schneider mnnten mit Geduld diese doch allzuabsehbare Kurze. Die Doretter sprechen übrigens etwas anders, als wie gelehrt, doch ist diese Auslegung so wenig chtend wie der ganze wirarme Pok. — Der Abend wurde beifällig aufgenommen. Eine auf Wertsachen bedachte Durchdringung scheint bei künftigen Veranstaltungen trotzdem angezielt.

Mannheimer Musikbrief. Den Aufsat zum gegenwärtigen musikalischen Hochstuf bildete ein in jeder Hinsicht trefflich verlaufenes Konzert des Berliner Domchors, der unter Prof. Kbels stärkerer Leitung Kunstleistungen bot, die an die Bltzeit des a cappella-Gesangs erinnerten. Willu Burmeister gab nach langjähriger Pause einen „reinen“ Vollabend, in dem er seine glänzende Technik und den oft bewährten Vortragsgeschmack namentlich in den von ihm bearbeiteten kleineren Stcken auf neue befandete. Künftig me dieser Art vermittelte der Wiederabend des Münchener Kammerlngers Paul Bender. Die nach dem Muster des Hrlicher Volkshors von Prof. Schattknecht erhier ins Leben gerufene „Volkshorakademie“ scheint nach allem, was wir bisher zu hören Gelegenheit hatten, einem zeitgemhen Bedürfnis zu entsprechen. Unsere vornehmsten musikalischen Darbietungen, die Klademiekonzerte, erwiesen auch im neuen Konzertwinter, für den erstmals Franz v. Hpfelin, der Nachfolger Zurwnglers, verantwortlich zeichnet, ihre alte Zugkraft. In ihm gewonnenen wir einen ehrlich und schlicht empfindenden Musiker. Ob auch von der Tiefe und Warmbltigkeit seines Vorgängers?, dies muß erst die Folgezeit erweisen. Im ersten Akademiekonzert, einem Beethovenabend, erhielt die Vortragsfolge leider

davon fast 50 Jahre als General  la suite. In den aktiven Seeresdienst trat Herzog Ludwig, inzwischen zum Oberleutnant aufgerückt, nach kurzem Universitätsstudium im Jahre 1850. Im Jahre 1859 hatte Herzog Ludwig aus dem Sucessionrecht im herzoglichen Majorat entzagt und sich mit der Freiin von Wallersee aus Darmstadt vermählt. Den Krieg 1866 machte Herzog Ludwig als Kommandant der ersten leichten Kavallerie-Brigade (Ulanen), zuletzt als Führer eines Reserve-Kavallerie-Korps, mit. Auf sein Nachsehen wurde der Herzog 1867 vom aktiven Dienst entbunden, 1872 zum Generalleutnant und 1883 zum General der Kavallerie befördert. Nach dem 1891 erfolgten Ableben seiner Gemahlin, mit der er in glücklicher Ehe lebte, vermählt sich Herzog Ludwig Ende 1892 zum zweiten Male morganatisch mit Fräulein Antonie Barth, die den Namen von Barots erbielt. Den Sitzungen der Kammer der Reichsrte, der Herzog Ludwig seit 1849 bis zur Revolution angehörte, pflegte er bis vor wenigen Jahren mit großer Regelmäßigkeit beizuwohnen.

Aus den Parteien.

Zusammenkunft süddeutscher Parlamentarier. Die demokratische Landtags- und Reichstagsabgeordneten von Baden, Württemberg, Bayern und Hessen, sowie die zur Partei gehörenden Minister und Mitglieder des Reichswirtschaftsrates dieser Länder, ferner der Prsident des Badischen Landesrates, Geheimer Kommerzienrat Engelhard in Mannheim finden sich, wie schon berichtet, am Freitag nachmittag 4 Uhr in Heidelberg auf einer Besprechung zusammen, die bis einschließlich Sonntag, 14. November dauern wird. Die Tagesordnung umfaßt folgende Punkte: 1. Kanalfrage und Getreidestrken (Referent Minister a. D. Dietrich). 2. Sbafrikan Eisenbahnen und Bodenschwefel (Referent Minister Hamm und Abg. Freudenberger von Weinheim). 3. Stellung der Länder gegenüber den Kultur- und Schulbestrebungen des Reiches; Süddeutschland u. die Volksgemeinschaft der deutschen Wissenschaft (Referent Minister Summel Karlsruhe). 4. Wirtschaftliche Länder, insbesondere in wirtschaftlicher Beziehung (Referent Minister Schall). 5. Süddeutschland und die bayerische Politik (Referent Abg. Baumann). 6. Organisation der inneren Verwaltung (Referent Abg. Dr. Grotzer). 7. Organisationsfrage; Pressefrage, gemeinsames Korrespondenzbro (Referent Abg. Dr. Haas). 8. Beziehung der badischen und württembergischen Abgeordneten über badische und württembergische Grenzfragen. 9. Landwirtschaft (Referent Abg. Reichammer). Die Redner werden nur kurz orientieren und Anträge stellen. Der Hauptzweck der Tagung wird in einer grundsätzlichen Aussprache über die verbleibenden auf der Tagesordnung stehenden Fragen gesehen.

Bereinigung der Einkommen in Oberschwaben. Nach Meldungen aus Gleiwis haben am Sonntag die U.S.P. und N.P.D. Oberschwabens ihre Vereinigung zu einer kommunistischen Partei beschlossen. Der Kreisvorsitzende soll sich mit der Zentrale in Deutschland und Polen in Verbindung setzen.

Badischer Landtag.

Verfassungsauschu.
(Eigener Bericht.)

In der gestrigen Sitzung des Verfassungsausschusses wurde der im Druck vorliegende Bericht des Abgeordneten Gothein zu dem Entwurf des badischen Ausfhrungsgegesetzes zum Reichsriedelungsgesetz besprochen. Zu § 1 wurde von seiten des Zentrums ein Antrag eingebracht, daß bei Gemeinden und sonstigen Krperlichkeiten öffentliches Recht die Enteignung nur dann erfolgen darf, soweit landwirtschaftliche Grundstücke nicht in Vollnutzung stehen und soweit durch die Enteignung eine wesentliche Besserung der Nutzung gewährleistet sei. Von sozialdemokratischer Seite wurden gegen den Antrag Bedenken geuert. Der Zweck des Gesetzes würde dadurch beeinträchtigt werden. Es kämen wesentliche fröhliche Stützungen dabei in Frage; es dürfte aber für die Kirche kein Ausnahmerecht geschaffen werden. Auch von demokratischer Seite wurde der Antrag als zu weitgehend erachtet. Es genüge, für die genannten Fälle vorzusehen, wenn dringende wirtschaftliche Gründe es verlangen. Auch seitens des Ministers wurden erhebliche Bedenken gegen den Zentrumsantrag geuert. Vom Zentrum wird ein Eventualantrag eingebracht. Auf Antrag der Sozialdemokraten wird die Abstimmung ausgesetzt. Bei weiterer Besprechung des Berichtes wird die Eingabe des Bauernverbandes des Bezirkes Wertsheim über Abgabe von Land aus dem dort

dadurch einen stilistischen Mi, daß C. S. an f. h. u. t. anstt des Beethovenischen G-Dur-Konzertes das H-Moll-Konzert von Schumann spielte; die Pianistin besitzt einen wohlgelegenen Anschlag, aber für ihre Aufgabe nicht genug poetisches Empfinden. Das Hauptinteresse der zweiten Akademie richtete sich auf Regers langatmigtes H-Dur-Violinkonzert und seinen trefflichen Interpreten Adolf Busch, der mit feinerster Technik und feinstimmigstem Sinn alle Schwierigkeiten meisterte. In einem Beethoven-Brahms-Abend fand ein junger Elberfelder Dirigent, Th. Hausmann, an der Spitze unseres Nationaltheater-Orchesters und erwies sich als ernst strebender Musiker. Hans Kretschmer bot das Beethovenische Violinkonzert in gediegener Auffassung. Das Pflzliche Landesinfanterieorchester, das im letzten Beside eine Kulturaufgabe erfüllt, stellte sich unter seinem neuen Dirigenten, Generalmusikdirektor Boehm, in einem Beethoven, Berlioz und Boche gewidmeten Abend den Beweis rastlosen Strebens und einer nach dem Höchsten zielenden Klangkulturverfolgung. Friedrich Maas.

Lehrantrag für Theaterkunde. Dem Dramaturgen der Kölner Stadttheater, Dr. Sascha Cimchowitz, ist ein Lehrantrag zur Vertretung der Theaterkunde in der philol. Fakultät der dortigen Universität erteilt worden.

Kunst und Wissenschaft.

Antrittsvorlesung Prof. Gelpachs. Zu der am Freitag, den 12. November, abends 5 Uhr, in der Aula der Technischen Hochschule stattfindenden Antrittsvorlesung des planmäßigen außerordentlichen Professors Dr. Wilhelm Gelpach über „Die geistigen Kräfte der Wirtschaft“ ladet der Redner ein.

Wirtschafts- und Handels-Zeitung des Karlsruher Tagblattes

Verbandsgeschäfte und Einzelhandel.

Von der Landeszentrale des Badischen Einzelhandels wird uns geschrieben:

Täglich geht von den Zentralkontoren der sogenannten Verbandsgeschäfte eine Flut von Tausenden und Abertausenden von Prospekten und sonstigen Druckdrachen in die Welt hinaus, in denen dem Publikum Zigarren, Bücher, Bekleidungs- und Haushaltungsgegenstände usw. zu ansehnlich spottbilligen Preisen, meist auch gegen Ratenschulden angeboten werden. Diese Prospekte sind in ihrer Mehrheit außerordentlich verlockend und bestreben, auf das bei der breiten Masse der Käufer erweckt wird, als handle es sich um ein ausnahmsweise ganz besonders vorteilhaftes Angebot, auf das einzugehen niemand, der Wert auf billigen Einkauf legt, veräumen sollte. Es finden sich auch immer wieder Leute, die unerschrocken genug sind, den Anpreisungen Glauben zu schenken, und oft recht erhebliche Bestellungen machen. Besonders in Zigarren und in Büchern geht auf diese Weise ein schwindender Handel vor sich, der den Verbandsgeschäften schweres Geld einbringt, andererseits aber den ortsansässigen Kleinhandel aufs Empfindlichste schädigt. Erhält der Verkäufer dann die Ware angeliefert, so ist er in den meisten Fällen bitter enttäuscht, denn er muß die Erfahrung machen, daß er die gleiche Ware am Orte billiger gekauft und sich dabei noch den Vorteil gewahrt hätte, die Auswahl durch persönlichen Augenschein so zu treffen, wie sie seinem Geschmack und seinen Bedürfnissen entspricht.

So ist z. B. der Zigarreneinkauf eine reine Vertrauenssache, und es wird immer ein rechtlich gewantes Experiment sein, sich seinen Bedarf hierin nach irgend aufgemachten Zeichnungen zu bedienen. Im Kleinhandel spielt sich der Umsatz so ab, daß der Käufer aus dem ihm vom Verkäufer vorliegenden Vorrat ein kleines Quantum wählt, dann im Laufe der Zeit verschiedene Qualitäten probiert und schließlich die seinem Geschmack und Geldbeutel besonders zuzugene Ware darunter auswählt. Der Käufer ist hierbei in die Lage versetzt, die Mestität des Einkaufes zu kontrollieren und dem Einzelhändler, den er meist noch persönlich oder dem Hufe der Firma noch kennt, seine besonderen Wünsche zu unterbreiten. Ein „Mebers Ohr haben“ ist dabei gänzlich ausgeschlossen, denn der Käufer hat es doch jederzeit in der Hand, die Einkaufsquelle zu wechseln, ebenso wie der Verkäufer das denkbar größte Interesse daran hat, jeden einzelnen Käufer zufrieden zu stellen und ihn sich dadurch zum dauernden Kunden zu machen.

Ganz anders liegen die Dinge bei der Bestellung nach gedruckten Prospekten. Hier befindet sich die Verkaufsstelle oft in einer ganz anderen Gegend des Reiches, hunderte von Kilometern entfernt, und die hohen Versandkosten werden nur dann relativ gering ins Gewicht fallen, wenn man gleich ein entsprechendes Quantum bestellt. Man kauft gewissermaßen die Lage im Saal, hat kaum eine Möglichkeit, nichtkonveniente Ware abzulehnen und ärgert sich dann Monate hindurch mit dem Resultat dieses unkonvenienten Einkaufes herum.

Ebenso wie mit den Zigarren ist es auch mit den Büchern. Man kauft diese doch gewiß nicht nur des Inhalts wegen, sondern legt auch einen gewissen Wert auf Ausstattung, Quantität des Einbandes und des Papieres, Klarheit des Druckes usw., denn man will sich die Bücher meist aufbewahren, um sich eine mehr oder minder umfangreiche Bibliothek anzulegen. Die in den Prospekten der Verbandsgeschäfte in Bezug auf solche Ausstattung gemachten Versprechungen sind nun wohl häufig sehr verlockend, in Wirklichkeit aber handelt es sich fast immer um Wasserware, die zum Daueregebrauch bzw. zum Einbinden in die Bibliothek kaum erstlich in Betracht kommt. Die Möglichkeit, sich diese Bücher durch geringe wöchentliche oder monatliche Zahlungen zu verschaffen, spricht bei solchen Bestellungen nun freilich sehr mit, aber auch der am Orte anliegende Buchhandel wird dem Kunden in dieser Beziehung gerne weitgehend entgegenkommen, wenn dessen Verhältnis einigermaßen eine Bürgschaft für die Deckung der Schuld bietet. Sind die Verhältnisse des Käufers dagegen so fragwürdiger Natur, daß eine regelmäßige Abtragung der Schuld nicht gewährleistet ist, so richtet sich der ganze Handel von selbst, und es bedarf das denkbar größte wirtschaftliche Interesse darin, derartige „Geschäfte“ gänzlich anzukümmern.

Nicht aber, wie bei Zigarren und Büchern, liegt es bei allen anderen Dandelkartellen, die durch die Verbandsgeschäfte angeboten werden. Von einem sogenannten „billigen Einkauf“ kann gar keine Rede sein. Man überlegt nur einmal, welche Unsummen die Verbandsgeschäfte für ihre Prospekte und Druckdrachen, Vortragsblätter und für die Werbung des erforderlichen Materialpersonals aufwenden haben, wie viele Tausende an Prospekten hinausgeschickt müssen, um nur einige wenige Bestellungen herbeizuführen, denn man wird sich wohl klar darüber sein, daß diese Operationen eventuell durch die Massenanziehung geborenen Vorteiles reichlich die Wage halten. Die billigen Preise“ geben unbedingt auf Kosten der Qualität und man kann also ruhig behaupten, daß jedes Einzelhandelsgeschäft am Orte zum mindesten gleiche, meist aber wesentlich größere Vorteile zu bieten in der Lage ist als die großen Verbandsgeschäfte, die mit dem Publikum direkt in Verbindung treten.

Rechnet man hierzu dann noch das Moment, daß es lokalpolitische Gründe des Konjunktur ist, den ortsansässigen Einzelhandel zu unterstützen, so dieser somit zugrunde geht und die von ihm getragenen Lasten der Steuern, Umlagen usw. dann auf die Schultern der Konjunktur gelegt werden müßten, so kann es gar keinem Zweifel unterliegen, zu weisen Gunsten die Wegnahme nicht. Offensichtlich tragen diese aufstrebenden Stellen dazu bei, dem sich in letzter Zeit immer mehr aufdrängenden Wirken der Verbandsgeschäfte einen Nieder zu verschaffen. Die Lage des Einzelhandels und des Konjunktur ist heute derart, daß es die Annehmlichkeit aus Experimente so fragwürdiger Natur, wie sie sich im Kauf bei fremden Verbandsgeschäften darstellen, grundsätzlich nicht mehr antommen lassen dürfte.

Allgemeine Wirtschaftsfragen.

Die Lage des Arbeitsmarktes in Baden.

In der Berichtswoge vom 28. Oktober bis 3. November 1920 weist die Lage des Arbeitsmarktes einen weiteren kleinen Schritt zur Besserung auf. Die Zahl der zu unterliegenden Erwerbslosen konnte um rund 160 vermindert werden und umfaßt noch 3075 Männer und 208 Frauen. Aus diesen Zahlen darf jedoch nicht auf den wirklichen Stand der Arbeitslosigkeit geschlossen werden, da eine große Anzahl von Arbeitslosen aus bestimmten Gründen die Fürsorge nicht in Anspruch nimmt oder nicht erhalten kann — in manchen Städten die doppelte Zahl. Durch das Einsetzen der kälteren Witterung erwartet man sogar für die nächste Zeit in freies Einkommens verschiedener Arbeiten im Freien eine Zunahme der Erwerbslosigkeit. Durch Beendigung der Nachfruchtperiode sind viele weibliche Arbeitskräfte für offene Dienststellen frei geworden, der Bedarf kann jedoch immer noch lange nicht gedeckt werden.

In der Landwirtschaft gleichen sich Angebot und Nachfrage so ziemlich aus mit Ausnahme von Mädchen, die meisten können. Die bisherige Tätigkeit in der Metall- und Maschinenindustrie hat besonders in Oberbaden nachgelassen; die Uhrenindustrie sowie die Textilindustrie sind dagegen noch gut beschäftigt. Die Holzindustrie, die Zigarrenindustrie und das Bekleidungsgebiet entwickeln sich weiter günstig. Das Nahrungsmittelgewerbe und das Berufsfähigkeitsgewerbe liegen noch sehr darnieder, doch ist in letzterem Zeit

einiger Zeit eine kleine Besserung zu beobachten. Das Dandelsgewerbe fordert vor allem Kräfte mit Spezialkenntnissen sowie Stenotypistinnen an. Im Gast- und Schankwirtschaftsgebiet ist die Beschäftigung ruhig geworden.

Die Majolika-Manufaktur Karlsruhe mußte infolge Arbeitsmangels ihren Betrieb einschränken, wovon 20 Arbeiter betroffen wurden. Wiedereröffnet wurden 2 Betriebe in Konstanz und Freiburg mit zusammen 38 Arbeitskräften.

Erwerbslosenunterstützung wurde in der Berichtswoge 202 678 Mk. ausbezahlt, für Arbeitszeitverfärgung 13 132 Mk.

Mit Notstandsarbeiten waren in der gleichen Zeit 2956 Erwerbslose beschäftigt.

Börsen- und Finanzmeldungen.

Frankfurter Börse.

w. Frankfurt a. M., 8. Nov. Die Börse ist unsicher und schwankend geworden. Die Haltung war zu Beginn nicht einheitlich, neigte aber vorwiegend zu festerer Haltung. Montanpapiere lagen sehr still. Die großen Spekulationsgruppen, die vor kurzer Zeit noch durch ihre Käufe die Börsentendenz beeinflussten, sind auf diesem Gebiete offenbar weniger tätig. Es herrscht die Ansicht vor, daß ein Teil dieser Effektenbesitzer bestrebt ist, die Bestände abzustößen. Hapser, die etwas gesucht waren, stellten sich höher. Sonst war die Kursbewegung sehr bescheiden. Adlerwerke Kleyer gut erholt. In Petroleumwerten war das Geschäft lebhaft, ließ aber im Verlaufe wieder nach. Deutsches Petroleum unter Schwankun-

gen 1800 bis 1850 bis 1750. Wesentlich höher wurden Mexikaner umgesetzt. Das Interesse konzentrierte sich auf 5proz. Goldmexikaner: 942, 5proz. Silbermexikaner: 650, 3proz. Mexikaner: 340, 5proz. Tehuantepec 540 plus 40. Auch 5proz. Tamaulipas steigend. Deutsch Uebersee mit 1235 stellten sich 35 Proz. höher. Schantung, die im Angebot lagen, mit 623 minus 14. Anatolien mit 195 blieben fest. Gut behauptet elektrische Schukert und Bergmann. Dagegen Licht und Kraft 5 Proz. niedriger. Badische Anilin befestigt, ebenso Höchstler und Griesheim. Daimler abgeschwächt. Im freien Verkehr galten Lechwerke 194, Mansfelder Cuxe 4700. Die Börse bewahrte ihr ruhiges und festes Aussehen bis zum Schluß. Privatkont 3 1/2. 5proz. Goldmexikaner im Verlaufe auf 1020 gleich 100 Proz. gestiegen.

Berliner Börse.

w. Berlin, 8. Nov. Die Börse eröffnete in unregelmäßiger Haltung. Für Bergwerks- und Hüttenaktien überwog Abgabeneigung. Bochumer setzten um 30 Proz. schlechter ein, holten aber später 13 Prozent zurück. Lothringer Hütte gewannen im Verlaufe 12 Proz. auf die Verschmelzungsaktion. Farbwerke waren gut gehalten. Felten & Guillaume 15 Proz. gebessert. Ferner Augsburg-Nürnberg, Deutsche Maschinen und Hirsch-Kupfer höher. Orenstein & Koppel rückten sich um weitere 30 Proz. infolge von Rückkäufen. Die Valutapapiere stiegen im Einklang mit dem Anziehen der Devisenkurse, besonders Mexikaner, die sich zum Teil um 100 Prozent höher stellten. Der Anlagemarkt war im wesentlichen unverändert. Das Geschäft blieb vereinzelt lebhaft. Von Schiffsaktien waren Hamburg-Südamerika um 14 Proz. besser in Erwartung eines zunehmenden Verkehrs mit Südamerika.

Industrien.

H. Fuchs, Waggonfabrik, A.-G., Heidelberg Nachdem die Generalversammlung kürzlich beschlossen hat, das Aktienkapital um Mk. 9 Mill. mit Dividendenberechtigung vom 1. Juli 1920 ab, zu erhöhen, werden die neuen Aktien nunmehr den alten Aktionären derart angeboten, daß auf jede alte Stammaktie von Mk. 1000 eine neue Aktie im gleichen Nominalbetrag zu 110 Prozent bezogen werden kann.

Fusion in der Klöckner-Gruppe. Die Aufsichtsräte der Lothringer Hütten- und Bergwerksvereine A.-G., des Hasper Eisen- und Stahlwerks und der „Königsborn“-A.-G. für Bergbau, Salinen- und Solbad-Betrieb haben einstimmig beschlossen, der auf den 9. Dezember nach Düsseldorf einzuberufenden außerordentlichen Generalversammlung folgende Verschmelzungsvorschläge zur Annahme zu unterbreiten: Der Lothringer Hütten- und Bergwerksverein erwirbt das Vermögen des Hasper Eisen- und Stahlwerks als Ganzes gegen Bezahlung von 700 Prozent für die Aktie, also von insgesamt Mk. 91 Mill. Gleichzeitig wird den Aktionären durch das Bankenkonsortium, das die Transaktion durchführt, angeboten werden, an Stelle der baren Summe eine Aktie des Lothringer Hüttenvereins zu pari entgegenzunehmen. Der auf diese Weise erweiterte Lothringer Hüttenverein schließt mit der Königsborn-A.-G. eine Interessengemeinschaft auf 24 Jahre mit dem Zwecke, die Werke des erweiterten Lothringer Hüttenvereins mit Kohlen zu versorgen und für eine regelmäßige Abnahme der Königsborn-Kohle Sorge zu tragen. Die Königsborn-A.-G. macht wie bisher selbständig ihre Bilanzen. Der Lothringer Hüttenverein garantiert für die Dauer des Vertrages eine Mindestdividende von 20 Prozent. Außerdem macht das Bankenkonsortium den Königsborn-Aktionären ein mit drei Monaten befristetes Angebot für den Umtausch der Königsborn-Aktien in der Weise, daß für eine Königsborn-Aktie entweder Mk. 7500 in bar oder eine Lothringer Aktie und Mk. 3500 in bar gegeben werden. Die Aktionäre, die von diesem Umtauschangebot keinen Gebrauch machen, haben jederzeit das Recht, ihre Aktien dem Lothringer Hüttenverein zum Umtausch zur Verfügung zu stellen gegen den 25fachen Betrag der in den letzten fünf Jahren verteilten Durchschnittsdividende von Königsborn. Nach Ablauf der 24 Jahre wird das Vermögen der Königsborn-A.-G. als Ganzes übernommen, und zwar unter Umtausch von einer Königsborn-Aktie gegen eine Lothringer Aktie. Der Lothringer Hüttenverein wird zur Durchführung dieser Transaktion sein Aktienkapital von Mk. 58 Mill. auf höchstens Mk. 72 Mill. erhöhen unter Ausschluß des Bezugsrechts für die Aktionäre.

Devisennotierungen.

w. Frankfurt 8. November.				w. Berlin 8. November.				
8. November		6. November		8. November		6. November		
Geld	Brief	Geld	Brief	Geld	Brief	Geld	Brief	
Antwerpen-Brüssel	527.-	528.-	518.50	519.50	2527.45	2532.55	2487.50	2472.00
Holland	2522.50	2527.50	2450.-	2455.-	534.45	535.55	521.95	523.05
London	285.20	285.80	277.20	277.80	1123.85	1126.15	1088.90	1091.10
Paris	497.50	498.50	489.50	490.50	1123.85	1131.15	1063.90	1066.10
Schweiz	1.98.70	1.99.30	1.283.25	1.286.25	1633.40	1606.60	1514.45	1551.55
Spanien	1118.-	1116.-	—	—	182.80	183.20	178.30	179.20
Italien	289.70	290.30	281.50 1/2	285.17 1/2	—	—	—	—
Lissabon	—	—	—	—	93.70	294.30	86.20	286.80
Dänemark	—	—	—	—	283.70	283.90	273.20	279.80
Norwegen	—	—	1083.90	1083.10	56.78 1/2	56.96 1/2	81.90	81.98
Schweden	1608.40	1606.60	1571.-	1574.-	591.95	593.05	493.-	494.-
Heilingsfors	—	—	174.80	175.20	113.65	131.65	1268.70	1271.30
Newyork	86.90	87.10	81.90	82.10	1128.85	1132.15	1108.85	1106.15
Wien (alt)	—	—	—	—	2.147	2.153	—	—
Deutsch-Oesterreich	23.48	23.57	23.47	23.53	3.72	3.78	28.72	28.78
Budapest	—	—	16.64	16.72	87.65	87.85	87.16	87.35
Prag	85.52 1/2	85.72 1/2	86.40	86.60	16.35 1/2	16.39 1/2	16.10 1/2	16.14 1/2

w. Zürich 8. November.				Amsterdam 8. November.			
8. Nov.		6. Nov.		8. Nov.		6. Nov.	
Geld	Brief	Geld	Brief	Geld	Brief	Geld	Brief
Deutschland	7.77 1/2	7.90	—	—	—	—	—
Wien	1.80	1.85	—	—	—	—	—
Prag	6.80	6.90	—	—	—	—	—
Holland	194.25	194.50	—	—	—	—	—
Newyork	655.-	647.50	—	—	—	—	—
London	21.97	22.-	—	—	—	—	—
Paris	38.80	38.90	—	—	—	—	—
Italien	22.80	22.90	—	—	—	—	—

Devisen-Kurse im Freiverkehr			
Holland		Schweiz	
Paris	1270-1300	Brüssel	40.80-41.80
Belgien	493-497	Kopenhagen	86.25-86.50
London	5.-5.28	Stockholm	122.40-1.3.-
Newyork	280-284	Christiania	86.-86.-
Italien	88-84 1/2	Madrid	83.-87.-
	87-292	Buenos-Aires	230.-230.-
		Belgrad	—
		Agram	—

Devisen-Kurse im Freiverkehr

Mitgeteilt durch das Bankhaus Straus & Co., Karlsruhe.

g. Schwäbische Versicherungs-Aktien-Gesellschaft Stuttgart. Unter diesem Namen wurde mit dem Sitz in Stuttgart eine neue Aktiengesellschaft gegründet. Der Zweck der Gesellschaft ist die Sachversicherung in allen ihren Zweigen, namentlich Feuer- und Transportversicherung, sowie Haftpflicht und Unfall. Die Neugründung kam hauptsächlich durch die Beteiligung industrieller Kreise Württembergs zustande. Das Grundkapital beträgt 10 Millionen Mark. Vorsitzender des Aufsichtsrats ist Dr. v. Langen-Köln, stellvertretender Vorsitzender Bankier Ernst Lichtenberg-Stuttgart. Die Leitung des neuen Unternehmens übernimmt Generaldirektor Robert Oerling-Köln. Wie man hört, wird die Gesellschaft in Interessengemeinschaft mit der Rheinischen Versicherungsgruppe arbeiten.

Zuckeroh
Crème

gegen Schnupfen-Dose 1 Mk.

Die gute, kostengünstige Zuckeroh-Crème, welche bei jeder Erkältung und Schnupfen sofort zu verwenden ist, ist ein ausgezeichnetes Mittel zur Beseitigung der Beschwerden. Sie ist in jeder Apotheke zu haben. Preis pro Dose 1 Mk.

